

Beirat Mitte

Protokoll der Sondersitzung am 1. Juli 2013

Thema:

Einrichtung eines weiteren Flüchtlingshauses im Stadtteil Mitte in einem Hotel im Philosophenweg

Anwesend waren vom Beirat

Dr. Michael Rüppel

Dr. Henrike Müller

Dr. Barbara Schwarz

Jürgen Schierholz

Jan Cassalette

Birgit Olbrich

Holger Ilgner

Dirk Paulmann

Jörg Windszus

Siegfried Wegner-Kärsten

Entschuldigt fehlten Monika Steinhauer, Viola Mull und Joachim Musch

vom Ortsamt

Robert Bücking

- Vorsitz

Andrea Freudenberg

- Protokoll

Gäste:

Horst Frehe und Heiko Hergert

Sen. für Soziales, Kinder,

Jugend und Frauen

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Zu Beginn der Sitzung erläutern Staatsrat Herr Frehe und Herr Hergert, der zuständige Referatsleiter, die aktuelle Situation.

Die Zahl der Flüchtlinge habe sich im letzten Jahr stark erhöht.

Im vergangenen Halbjahr habe sich die Zahl, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, fast verdoppelt.

2013 werden ca. 90.000 bis 100.000 Personen bundesweit erwartet.

Das Bundesland müsse 0,95 % der Zuwanderer aufnehmen, davon werden 20 % nach Bremerhaven verteilt. Das bedeute für Bremen ca. 900 Zugänge, in 2013

Die Hauptherkunftsländer seien Russische Föderation, Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Pakistan.

Aufgrund dieser Lage sei geplant, weitere Unterbringungsmöglichkeiten in den Stadtteilen Hemelingen, Obervieland, Vegesack und Gröpelingen sowie im Philosophenweg zu schaffen.

im Philosophenweg sei beabsichtigt, ein Hotel anzumieten. Zur Verfügung stehen dort 16 Zimmer für jeweils 3-4 Personen mit eigenem Sanitärebereich und Pantryküchen. Im Erdgeschoss stehen jeweils ein Aufenthaltsraum für Kinder und Erwachsene zur Verfügung. Es können 50 Personen untergebracht werden.

Die Betreuung werde durch einen Wohlfahrtsverband mit sozialpädagogischen Fachkräften übernommen. Weiterhin werde mit dem Bildungsressort und dem Sozialressort die Beschulung und Betreuung der Kinder vereinbart.

Die Belegung sei ab August 2013 geplant. Voraussetzung sei aber, dass bis dahin die erforderliche Unbedenklichkeitserklärung zum Brandschutz für das Gebäude vorliege. Das Haus solle für fünf Jahre angemietet werden.

Das Sozialressort bemühe sich, so schnell wie möglich die Flüchtlinge in normalen Wohnungen unterzubringen. Man habe aber nur wenig Einfluss auf den Wohnungsmarkt. Jeder Flüchtling habe das Recht, sich seine Wohnung, nach einer 3-monatigen Aufenthaltszeit in einem Übergangwohnheim, selbst auszusuchen.

Im Beirat Mitte beschäftigt man sich seit geraumer Zeit intensiv mit der Unterbringung von Flüchtlingen. Als Beispiel wird die Flüchtlingsunterkunft in der Eduard-Grunow-Straße genannt. Das Haus laufe ohne Probleme und es gebe gute Kontakte zu den Nachbarn.

Die Beiratsmitglieder haben sich bereits im Vorfeld mit dem zweiten Standort im Beiratsgebiet befasst und für die heutige Sitzung einen Antragstext formuliert. Der Standort Philosophenweg sei nicht ganz optimal, aber angesichts des großen Bedarfs an Unterbringungsmöglichkeiten, zu akzeptieren. Für die Umgebung erkennen die Beiräte keine Nachteile. Es sei wahrscheinlich sogar ein Gewinn, wenn sich die Aufmerksamkeit ein wenig auf diese Gegend richte. Man wünsche sich, dass die Anwohner offen und freundlich auf die Flüchtlinge zugehen. Gleichzeitig müssen Kooperationen mit Schulen, Kindertageseinrichtungen und Vereinen organisiert werden.

Anwohner geben zu Bedenken, dass sich die Bahnhofsgegend mit all ihren Problemen nicht als Standort für ein Flüchtlingswohnheim eigne. Sie befürchten, dass die Kriminalität steige, wenn das Haus eröffnet werde.

Vom Sozialressort wird erwidert, dass es in den bereits existierenden Häusern wie z.B. in Huchting, Hastedt und Habenhausen keine erhöhte Kriminalität gebe. Die Flüchtlinge seien überall in der Stadt gute Nachbarn. Es gebe eine Betreuung im Hause, für den Fall, dass Probleme zu lösen seien.

Es sei aber auch schwierig eine langfristige Planung zu machen. Man müsse sich darauf einstellen, dass mehr Flüchtlinge in die Bundesrepublik und nach Bremen kommen werden. In einer Senatsvorlage wird festgehalten, dass sich die bisherige Zahl der Schutzsuchenden verstetigen werde, und weitere Gebäude und Grundstücke für die Unterbringung von AsylbewerberInnen hergerichtet werden müssen. Es sei erforderlich, dass sich alle beteiligten Ressorts vor einer Veräußerung von Gebäuden und Grundstücken mit dem Sozialressort und Immobilien Bremen abstimmen.

Im Antragstext wird ein zusätzlicher Punkt aufgenommen: Der Beirat appelliert an private Wohnungseigentümer, freien Wohnraum für diesen Personenkreis zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird mit dieser Ergänzung einstimmig beschlossen:

Die Zahl der in der Bundesrepublik Schutz und Asyl suchenden Flüchtlinge steigt. Sie hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres fast verdoppelt. Kriege und Unsicherheit in den Ländern des Nahen und Mittleren Osten lassen den Menschen oft keinen anderen Ausweg als die Flucht. Jedes Bundesland nimmt einen festgelegten Anteil dieser Menschen auf. Die vorhandenen Einrichtungen reichen nicht mehr aus. Bremen braucht dringend ca. 500 zusätzliche Plätze bis zum Ende des Jahres. Aus diesem Grund plant der Senat neue Übergangwohnheime in verschiedenen Stadtteilen. Es ist eine gute Nachricht, dass die Beiräte in allen Stadtteilen die Schaffung dieser Unterkünfte unterstützt haben und sich dafür engagieren, dass in Bremen keine Turnhallen oder Zeltlager zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden müssen.

Vor 3 Monaten ist das Haus in der Eduard-Grunow-Straße von den Flüchtlingen bezogen worden. Es gibt freundliche und zahlreiche Kontakte zwischen den Nachbarn und den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern. Für den August ist

ein kleines Nachbarschaftsfest geplant. Das Frauenprojekt belladonna und das Kulturzentrum Lagerhaus bieten Deutschkurse an und es haben sich schon etliche "Paten" gefunden, die den Bewohnern helfen, in der Stadt Fuß zu fassen. Das macht uns Mut, dass die Quartiere in unserem Beiratsgebiet dieser Aufgabe gewachsen sind.

Dem Sozialressort ist im Philosophenweg ein Hotel angeboten worden. Umbauten sind nicht erforderlich. Das Haus stünde den Flüchtlingen also schnell zur Verfügung. Auch wenn man sich bessere Standorte vorstellen kann, stimmt der Beirat diesem Projekt zu. Der Beirat bittet die benachbarten Schulen und Kitas, die Sportvereine und Kulturinstitutionen ein weiteres Mal um Unterstützung für die Bewohner des Hauses.

Der Beirat geht davon aus, dass das Sozialressort die Einrichtung nach dem gleichen Personalschlüssel und den gleichen Regeln betreibt, wie an der Eduard-Grunow-Straße und dass bei Bedarf die Kräfte und Mittel aufgestockt werden.

Der Beirat hält es weiterhin für richtig und dringend, den Flüchtlingen den Umzug in eine eigene Wohnung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang appelliert der Beirat an alle Vermieterinnen und Vermieter in Bremen ihre Wohnungen gerade auch für diese Neubürger anzubieten. Auch müssen die Anstrengungen des Sozialressorts bei der Unterstützung der Wohnungssuche verstärkt werden. Das Gleiche gilt für die Beratungs- und Unterstützungssysteme, die den Flüchtlingen helfen sollen, in unserer Stadt Fuß zu fassen.

Vorsitz:	Sprecher:	Protokoll:
Bücking	Rüppel	Freudenberg